

© may1983 – stock.adobe.com

Der englische Patient leidet weiter

Labour-Regierung will den NHS abschaffen

Über die Missstände im britischen Gesundheitssystem haben wir mehrfach berichtet. Reformen hat so gut wie jede Regierung durchgeführt – jedoch ohne dauerhaften Erfolg. Der englische Patient leidet weiter. Der seit 2024 regierende Premierminister Keir Starmer von der Labour Party geht deshalb nun einen Schritt weiter: Er plant die Abschaffung des National Health Service (NHS).

Damit legt Starmer die Axt an eine britische Institution. Der 1948 eingeführte NHS ist mit rund 1,3 Millionen Angestellten der größte Arbeitgeber Großbritanniens. Deren Jobs sind jedoch durch Starmers Pläne nicht gefährdet. Betroffen wäre davon lediglich die Körperschaft „NHS England", wo rund 15 000 Menschen arbeiten. Weitere 3 300 Stellen hat das Gesundheitsministerium. Etwa die Hälfte der Arbeitsplätze soll bei diesen beiden Behörden gestrichen werden. „Wenn wir das kappen, was heute geschieht, können wir das Geld dorthin stecken, wo es gebraucht wird, nämlich bei der Behandlung", sagte Starmer zu seinen Plänen.

Doch das dürfte nicht reichen, um die Versorgung spürbar zu verbessern. Sieben Millionen Briten warten derzeit auf einen Arzttermin, die Krankenhäuser sind marode, die meisten Zahnärzte behandeln nur noch Privatpatienten.

Gesundheitsminister Wes Streeting will eine tiefgreifende Umgestaltung der Gesundheitsversorgung einleiten, mit einem Fokus auf Prävention, Digitalisierung und Verlagerung der Behandlung in die Primärversorgung. Doch was zunächst ambitioniert klingt, wirft bei Ärzten, Patienten und Fachgesellschaften vor allem eine Frage auf: Wie genau soll das eigentlich funktionieren?

Immerhin lobte die British Dental Association (BDA) Streetings präventiven Ansatz. Fluoridlack ohne vorherige Untersuchung, Fissurenversiegelung für Kinder

aus Risikogruppen – das klingt nach modernen Konzepten. Doch die Begeisterung endet spätestens dann, wenn man die Details sucht. Oder besser gesagt: Ihr Fehlen feststellt. So warnt die British Medical Association (BMA) vor einem Plan ohne Substanz, ohne gesicherte Finanzierung und mit fragwürdigen Annahmen zur Personalplanung.

In den kommenden Jahren sollen nicht etwa mehr, sondern sogar weniger Beschäftigte im NHS tätig sein. Gleichzeitig will man neue „One-Stop-Shop"-Versorgungszentren in den Gemeinden etablieren und zusätzliche Studienplätze schaffen. Doch die geplante Ausweitung um 1 000 Facharztstellen wird laut BMA nicht einmal im Ansatz reichen, um den bestehenden Mangel zu beheben. Allein in der Primärversorgung fehlen derzeit mehr als 4 000 Allgemeinmediziner. Und auch die Verpflichtung, dass frisch ausgebildete Zahnärzte drei Jahre im NHS arbeiten müssen, ist kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein, zumal die meisten diesen Zeitraum ohnehin schon heute dort verbringen.

Kein Ort, an dem man lange bleibt

Das größte Problem für die Versorgung ist, dass immer mehr erfahrene Kollegen dem NHS frustriert den Rücken kehren und in Privatpraxen wechseln. Schlechte Bezahlung, Überlastung, fehlende Perspektiven, das sind keine Umstände die Arbeitskräfte anlocken. Der öffentliche Gesundheitsdienst ist kein Ort, an dem man länger als nötig bleiben möchte. Laut Prognosen der „Health Foundation" fehlen dem NHS bis 2030 bis zu 250 000 Vollzeitstellen. Am größten ist der Mangel bei Pflegekräften, zahnärztlichem Fachpersonal und bei Hausärzten. Dass sich unter diesen Bedingungen diejenigen Patienten, die es sich leisten können, vermehrt für Privatpraxen und -kliniken entscheiden, überrascht wenig.

Auch in anderen Bereichen ist der NHS längst an seine Grenzen gestoßen. Der Mangel an Medikamenten zieht bereits Todesfolgen nach sich. Mindestens fünf Krebspatienten starben laut einer offiziellen Untersuchung, weil sie nicht rechtzeitig mit einem lebenswichtigen Notfallmedikament behandelt wurden. Der Grund dafür sind Engpässe in der Versorgungskette und fehlendes Wissen auf ärztlicher Seite. Laut aktueller Umfragen ist für 39 Prozent der Bevölkerung der Zugang zum Hausarzt das drängendste Problem im NHS, noch vor Wartezeiten in der Notaufnahme oder Personalfragen.

Die Wartezeit für planbare Behandlungen übersteigt dabei nicht selten 18 Wochen, ein Richtwert der laut gesetzlichen Vorgaben eigentlich nicht überschritten werden dürfte. Am längsten sind die Wartezeiten in strukturschwachen ländlichen Gebieten.

Und dann ist da noch das Thema, das man in London gerne kleinredet, das aber im ganzen Land spürbar ist: die Migration. In den vergangenen drei Jahren sind mehr Menschen legal nach Großbritannien eingewandert als in die deutlich größeren USA. Hinzu kommt der Rekord an Asylanträgen. Ende Juni 2025 waren es 111 084 in den vergangenen zwölf Monaten gewesen. Die Folge ist ein Bevölkerungsschub, den weder der Wohnungsmarkt noch der NHS auffangen können. Auch deshalb mehren sich die Stimmen, die nicht nur einen Strukturwandel im Gesundheitswesen fordern, sondern auch klare Maßnahmen zur Steuerung des Zuganges. Paradox: Der Migrationsdruck ist ausgerechnet durch den Brexit gestiegen, der ja eigentlich das Gegenteil bewirken sollte. Da viele Pflegekräfte und Angehörige anderer Berufe aus EU-Ländern Großbritannien verlassen haben, sollten Migranten aus anderen Teilen der Welt die Lücken schließen. Doch das ging gründlich schief. Sie belasten nun das Gesundheitssystem zusätzlich.



Hilfe zur Selbsthilfe bei akuten Zahnschmerzen: „Dental First Aid Kits" mit fertig angerührtem Füllungsmaterial, Applikator und Eugenol gibt es in britischen Drogeriemärkten und im Online-Handel zu kaufen.

Gleichzeitig wächst der Druck auf die Infrastruktur. Viele Klinikgebäude sind sanierungsbedürftig, die digitale Ausstattung hinkt dem Bedarf hinterher und moderne Telemedizinlösungen scheitern häufig an fehlender technischer Basis. Dabei sieht der NHS-Plan genau hier einen Schwerpunkt: Elektronische Patientenakten, KI-gestützte Diagnostik und eine stärkere Verzahnung zwischen Primär- und Sekundärversorgung sollen Effizienz bringen, doch ohne entsprechende Investitionen bleibt das eine Illusion. Der Investitionsstau bei Gebäuden und IT-Infrastruktur wird mittlerweile auf mehrere Milliarden Pfund geschätzt.

Politisch spiegelt sich diese Gemengelage in sinkendem Vertrauen und wachsender Unruhe wider. Zwar glauben 86 Prozent der Briten weiterhin an die Grundidee des NHS, also die kostenfreie Versorgung für alle, finanziert durch Steuern. Doch nur 16 Prozent trauen der Regierung zu, die richtigen Weichen dafür zu stellen. Ein Wert, der sich seit Monaten kaum verändert. Und während Gesundheitsminister Streeting sich darum bemüht, Gespräche mit der Pharmaindustrie wiederaufzunehmen und über neue Finanzierungsmodelle nachdenkt, verliert er wichtige Führungskräfte. So trat kürzlich die langjährige Direktorin für mentale Gesundheit beim NHS England zurück.

Es bleibt einmal mehr die Erkenntnis, dass rein staatliche Gesundheitssysteme ohne freiberuflich tätige Ärzte und Zahnärzte die Versorgung der Bevölkerung nicht sicherstellen können.

Jana Sindel
Leo Hofmeier